

Pol: Ostind. Baumw.
28. 8. 24. 8.
...
Baumwolle
...
Baumwollkurse
...
Zahlung
...
Zahlung
...
Zahlung
...

Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Iffelburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagsgesellschaft: Bocholt.
Verlagort: Dortmund

Volksblatt für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 237

Mittwoch, den 28. August 1935

Jahrgang 1935

Keine Reisezahlungsmittel mehr für die Schweiz.

Verstärkter deutscher Reiseverkehr, aber zu geringer Kohlenbezug der Schweiz aus Deutschland.

Bereits ausgestellte Reiseschecks werden eingelöst.

DNB Basel, 27. August.

Der schweizerische Bundesrat hat die deutschen Behörden ersucht, mit sofortiger Wirkung nimmere die Ausgabe von Reiseschecks für den Touristenverkehr nach der Schweiz einzustellen. Um ausgetretene Mißverständnisse zu beseitigen, wird ausdrücklich darauf verwiesen, daß bereits ausgestellte Reiseschecks selbstverständlich von der Neuordnung nicht berührt und von den Schweizer Banken anstandslos eingelöst werden, auch dann, wenn die betreffenden Reiseschecks erst in einiger Zeit zu einer Reise nach der Schweiz Verwendung finden. Wer nach dem Tessin oder einem Kurort des Genfer Sees reisen will, könne dies ohne weiteres tun und erhalte an Stelle der Reiseschecks Reisesgutscheine, die in dem Hotel, in dem der deutsche

Wast absteigen wilsche, an Zahlungsstelle angenommen werden. An der Höhe der von Deutschland für den einzelnen Feriengast freistehenden Beträge, also 700 Mark im ersten Monat und je weitere 500 Mark für die beiden weiteren Monate, wird nicht gerüttelt, ebenso nicht an der Verknüpfung des Reiseverkehrsabkommens mit den Kohlenbezügen aus Deutschland und auch nicht an der Verteilungsart.

*

Wir erfahren hierzu von unterrichteter Seite: In dem deutsch-schweizerischen Reiseverkehrsabkommen vom 17. April 1935 war vereinbart worden, daß der deutsche Reiseverkehr nach der Schweiz aus den deutschen Kohlenlieferungen finanziert werden soll. Soweit diese vorübergehend zur Bestreitung der Kosten des Reiseverkehrs nicht ausreichen, sollte der schweizerische Bundesrat Maßnahmen zur Vermeidung irgendwelcher Verzögerungen bei den Auszahlungen an die deutschen Reisenden treffen. Auf Grund dieser Bestimmung sind schweizerische Banken in

Borlage getreten. Der Reiseverkehr nach der Schweiz hat infolge dieser Vereinbarung im laufenden Jahr stark zugenommen. Andererseits hat die Schweiz zu wenig Kohlen bezogen, um den verstärkten Reiseverkehr auszugleichen. Infolgedessen haben die schweizerischen Vorstände einen erheblichen Betrag erreicht. Der schweizerische Bundesrat hat nunmehr beschlossen, die vereinbarte Regelung nicht mehr einzuhalten. Er hat der deutschen Regierung mitteilen lassen, daß nach dem 26. August in Deutschland ausgestellte Reisezahlungsmittel in der Schweiz nicht mehr eingelöst werden. Um den deutschen Reisenden nach der Schweiz Unannehmlichkeiten zu ersparen, sind daher die deutschen Reisebüros angewiesen worden, Reisezahlungsmittel bis auf weiteres nicht mehr auszustellen. Reisesgutscheine, die nur für bestimmte Hotels und für bestimmte Gegenden in der Schweiz gelten sollen, sind in dem Reiseverkehrsabkommen nicht vorgesehen und werden daher von den deutschen Reisebüros auch nicht aus gegeben werden.

Weitere Protestschritte in Moskau.

Englische, italienische und lettische Vorstellungen gegen die Wählerlisten der Komintern.

Die Sowjetregierung stellt sich taub.

London, 27. August.

Wie erst jetzt bekannt wird, hat vor einigen Tagen auch der britische Botschafter in Moskau mündliche Vorstellungen gegenüber den Machenschaften der Komintern erhoben. Der britische Protest ist jedoch, wie Reuter heute aus Moskau meldet, bei der Sowjetregierung zurückgewiesen worden. Die Sowjetregierung, so bemerkt Reuter hierzu, lehne offenbar die Prüfung des Protestes ab, weil sie sich auf den Standpunkt stelle, daß die Komintern nichts mit ihr zu tun habe. Im übrigen wird hier berichtet, daß außer Amerika auch Italien und Lettland Protestschritte wegen der internationalen Wählerlisten der Komintern unternommen haben. Bemerkenswert ist, daß die einzelnen Mächte völlig unabhängig voneinander protestiert haben und auch zwischen Washington und London kein vorheriger Meinungsaustausch stattgefunden hat.

Die amerikanische Note an Moskau wird von der „Daily Mail“ als neuer Beweis für die Wertlosigkeit von sowjetrussischen Versprechungen bezeichnet. Das Blatt sagt, Sowjetrußland habe seine Zugehörigkeit zum Völkerverbund nur für Propagandazwecke benutzt. Sader und Blutvergießen auf der ganzen Welt könnten auf die rote Hand zurückgeführt werden. Kommunisten hätten den Risikofaktor 1925 und die mandschurischen Unruhen von 1931 geküßt. In China seien ganze Provinzen jahrelang von kommunistischen Armeen verwüstet worden. Die teuflischen Grausamkeiten, die letztes Jahr in Asturien verübt worden seien, hätten ebenfalls ihre Urheber in Moskau. In Frankreich sorgten die roten Kämpfer für Unruhe. In Deutschland haben nur das Erbe des bürgerlichen Regimes das Land und vielleicht ganz Europa vor den Schrecknissen des Kommunismus bewahrt.

Zurückweisung der amerikanischen Protestnote.

DNB Moskau, 27. August.

Auf die von dem amerikanischen Botschafter in Moskau im Zusammenhang mit der Arbeit des 7. Kominternkongresses überreichte Note, in der die amerikanische Regierung dagegen protestiert, daß die Sowjetregierung ihre Verpflichtung der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Amerikas verlegt habe, antwortete am Dienstag Reuter, daß der Stellvertreter des noch im Ausland weilenden Außenministers Litwinow, mit einer Note, in der u. a. erklärt wird:

„Ich halte es für notwendig, mit aller Entschiedenheit zu betonen, daß sich die Regierung der Sowjetunion stets allen von ihr übernommenen Verpflichtungen gegenüber mit der größten Achtung verhält und verhält, selbstverständlich auch gegenüber der gegenseitigen Verpflichtung der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, die im Notenwechsel vom 16. November 1933 vorgelesen und in Verhandlungen zwischen Roosevelt und Litwinow ausführlich behandelt wurde.“

Ihre Note vom 25. August enthält keinerlei Tatsachen, die eine Verletzung der Verpflichtungen seitens der Sowjetunion darstellten. Andererseits ist es für die Regierung der Vereinigten Staaten unabweisbar nicht neu, daß die Regierung der Sowjetunion

keinerlei Verpflichtungen in bezug auf die kommunistische Internationale auf sich nehmen kann und auch nicht auf sich nimmt. Aus diesem Grunde läßt sich die Behauptung über eine Verletzung der in der Note vom 16. November 1933 enthaltenen Verpflichtungen durch die Regierung der Sowjetunion aus den von der Verhandlungspartei eingegangenen Verpflichtungen nicht folgern. Ich kann deshalb Ihren Protest nicht annehmen und bin geneigt, ihn zurückzuweisen.“

Die Regierung der Sowjetunion, die die Meinung der amerikanischen Regierung aufrecht hält, daß streng gegenseitige Nichteinmischung in innere Angelegenheiten eine wesentliche Voraussetzung für die Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zwischen unseren Ländern ist und die diese Politik in der Praxis unentwegt durchführt, erklärt, daß sie die weitere Entwicklung freundschaftlicher Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten antreibt, die den Interessen der Völker der Sowjetunion und Amerikas entspricht und die für den allgemeinen Frieden so große Bedeutung hat. (Es ist kaum anzunehmen, daß sich die Regierung in Washington mit dieser ausweichenden Antwort zufrieden gibt.)

Der Sowjetbotschafter zitiert die Bibel.

New York, 27. August.

Die amerikanische Presse veröffentlicht zahlreiche Äußerungen aus politischen Kreisen, namentlich von Senatoren, die dem amerikanischen Protest in Moskau zustimmen.

Gleichzeitig berichten die Blätter über eine Erklärung des Botschafters der Sowjetunion in Washington, Trosjanowski, der äußerte, daß er sich nicht mit

dem amerikanischen Protest befassen wolle. Die Note der Vereinigten Staaten werde eine zufriedenstellende Erweiterung durch die Sowjetregierung finden. Er wolle aber darauf hinweisen, daß von einigen Kreisen in den Vereinigten Staaten ein Propagandastück gegen die Sowjetregierung geführt werde. Im Hinblick auf diesen dürfte er wohl an das Bibelwort vom Splitter und vom Balken erinnern. Er wolle damit andeuten, daß man in Amerika viel stärker gegen die Sowjets propagiere als in Rußland gegen Amerika.

In amtlichen Kreisen wird dieses Argument als vollkommen schief zurückgewiesen. Denn erstens mische sich Amerika nicht in Sowjetrußlands innere Angelegenheiten, sondern ergreife lediglich Abwehrmaßnahmen gegen die Versuche, die amerikanische Arbeiterkraft mit kommunistischer Agitation zu verheeren. Zweitens wäre es, so betont man, Aufgabe der Sowjetregierung gewesen, unverzüglich und mit aller Deutlichkeit von denjenigen Rednern auf dem Kominternkongress abzurufen, die eine kommunistische Agitation in Amerika befürworteten.

Ein Komintern-Kreisler wird übrigens schon seit einiger Zeit der Plan erwogen, die Komintern-Zentrale zum Schein in ein anderes Land zu verlegen. Die Leitung würde tatsächlich in Moskau bleiben, aber die Beschlüsse aller Komintern-Organen würden Namen und Datum eines ausländischen Ortes tragen. In erster Linie soll dabei an Paris gedacht werden, das im Augenblick als offizieller Sitz der Komintern besonders geeignet erscheint.

Zwischen der Sowjetunion und dem Großherzogtum Luxemburg sind im Laufe des Monats durch einen Briefwechsel zwischen dem Pariser Geschäftsträger beider Länder wieder normale diplomatische Beziehungen aufgenommen worden.

Mussolinis Söhne auf dem Wege in den Krieg.



Die beiden ältesten Söhne des italienischen Ministerpräsidenten Mussolini haben sich nach dem Kriegsgelände in Ost-Afrika begeben. Unser Bild zeigt sie vor ihrer Abreise; von links nach rechts: General Ballo, Bruno und Vittorio Mussolini, Frau Edda Mussolini, die Tochter des Duce, und Graf Ciano, sein Schwiegersohn, der auch als Fliegerhauptmann nach Ost-Afrika abgereist ist. (Scherl-W.)

Tagesrundschaau.

Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik.

Der internationale Kongress für Bevölkerungswissenschaft ist gestern in Berlin eröffnet worden. Der Schirmherr des Kongresses ist der für bevölkerungspolitische Fragen in der Reichsregierung zuständige Reichsinnenminister Dr. Frick. Er legte in der Eröffnungssitzung in eingehenden Ausführungen, auf deren Weitergabe an anderer Stelle dieses Blattes wir unsere Leser hinweisen, die Grundzüge der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik und die gezielten Maßnahmen zu ihrer Durchführung dar. Die Ueberflut, die er darüber gab, veranschaulichte den aus 32 Staaten nach Berlin gekommenen Kongressdelegationen die umfangreichen Bemühungen im nationalsozialistischen Deutschland um die Wiederaufwärtsführung der Geburtenkurve und um die Erzielung eines gesunden Volkes. Um welches großes und wichtiges Problem es sich hierbei nicht nur in Deutschland, sondern in fast allen Ländern des abendländischen Kulturkreises handelt, zeigte dann in der ersten Vollversammlung des Kongresses der Vortrag Dr. Friedrich Burgdörfers, des Direktors der bevölkerungstatistischen Abteilung im Reichsamt. Burgdörfers Name ist dem Leser aus früheren einschlägigen Veröffentlichungen dieser Zeitung als der eines der angesehensten deutschen Bevölkerungswissenschaftler bekannt. Wir wollen hier, nachdem wir in unserer Montagsausgabe einen Überblick über die Bevölkerungsbewegung in Deutschland in den letzten beiden Jahren gegeben haben, auf den sehr instruktiven Vortrag nicht durch Vornahme eines Auszugs eingehen, wohl aber sei der Leser darauf aufmerksam gemacht, daß der im Innern des Blattes veröffentlichte Bericht über die Ausführungen Burgdörfers für die Bevölkerungspolitik sehr aufschlußreiche Einzelheiten enthält. Nur zwei wichtige Gedanken seien hier aus dem Vortrag festgehalten: erstens daß die Befürchtung unbegründet ist, die Erde leide an einer Ueberbevölkerung und bitte nicht genug Nahrung für eine weiter anwachsende Bevölkerung, und zweitens daß es am Willen jedes Volkes liegt, seine Volkskraft zu erhalten. Dabei ist es erfreulich festzustellen, daß dieser Wille im nationalsozialistischen Deutschland sich mit Erfolg zu regen begonnen hat und daß es auch weiter nicht an seiner Stützung durch staatliche Maßnahmen fehlen wird. Im übrigen lassen die Rede des Reichsinnenministers und das Referat Dr. Burgdörfers jeden erkennen, welche Bedeutung der Bevölkerungswissenschaft zukommt und welchen Nutzen die Völker für die Sicherung ihres Fortbestandes aus den Erkenntnissen ziehen können, die diese Wissenschaft ergründet und vermittelt.

Um Englands Sicherheit und Weltgeltung.

Ein Brief von Winston Churchill an die Wähler seines Wahlkreises enthält eine weit über die innerpolitischen englischen Verhältnisse hinausgehende Bedeutung. Winston Churchill erklärt offen, daß er den Frieden innerhalb der konservativen Partei wieder hergestellt habe. Nach der Annahme des indischen Verfassungsgesetzes sei ein weiterer Widerstand zwecklos. Er fordert alle Wähler zum Zusammenschluß für die kommende Wahl auf, weil der bevorstehende Wahlkampf um Englands Sicherheit und Weltgeltung gehen würde. Der Konflikt zwischen dem radikalen Flügel der Konservativen, dessen maßgeblichster und rührigster Vertreter Churchill ist, und den Reglerungsstreuen kostete die konservative Partei in den zahlreichen Nachwahlen der jetzt ablaufenden Session beinahe ein Duzend Sitze im Parlament. Ein großer Teil dieser Verluste, die im übrigen bei der Anzahl der Nachwahlen und der Stärke der Konservativen im Unterhaus nicht sehr stark ins Gewicht fielen, entfiel neben anderen Ursachen vor allem auf die Uneinigkeit im konservativen Lager. Jetzt, nachdem Churchill das Kriegsbeil begraben hat, wird die konservative Partei mit aller Wucht und Geschlossenheit unter den Parolen der Aufrüstung, des Hochschuzkolles und der verstärkten Weltgeltung in den Wahlkampf gehen. Wenn Garwin im „Observer“ feststellen kann, daß England zuteil nicht mehr in der Lage ist, die lebenswichtige Mittelmeerlinie und Durchfahrt durch den Suezkanal aus eigener Kraft zu behaupten und gegen Italien zu verteidigen, so kennzeichnet dieser Aufsatz damit eine Lage, die in der englischen Politik der Vergangenheit sehr oft anzutreffen war. Wir erinnern an Pitts Lage gegenüber Napoleon I. und die der Staatsmänner gegenüber Napoleon III. vor und nach dem Krimkrieg. Eine Vernachlässigung der englischen Seerüstung gegenüber der französischen, in der heutigen Zeit auch der Aufrüstung, hatte immer eine wenig erfreuliche Rolle Englands in der europäischen Politik zur Folge. In dieser Hinsicht sind sich alle Parteien in England einig. Kennzeichnend für diese Einigkeit war die Heranziehung der Oppositionsführer zu den Beratungen, die in der vorigen Woche in der Downingstreet abgehalten wurden. Selbst die überzeugtesten Völkerrundstänker in England sind sich

Frühling auch
schleppt Eine
der Hund in der

In einer sehr lebhaften Aussprache nahmen Vertreter der Entschuldungsstellen und der Entschuldungsämter zu den Vorschlägen des Referenten Stellung. Der Oberlandesgerichtspräsident betonte, es müsse darauf geachtet

In den letzten Tagen fand eine Vertreter der Landwirtschaftskammer Lemberg in Bolewitschbesuchsbauernschaft einen Besuch ab. Die Reize des Herrn Bolewitsch, der Leiter der Defonominischen Abteilung der Landwirtschaftskammer in Lemberg ist, hatte den Zweck, unsere Abteilungsrichtungen zu beschärfen und sich über alle Fragen der Marktfregelung zu unterrichten. Besonders interessierte er sich für den Absatz von Milch und Milcherzeugnissen, sowie für den Absatz von Vieh, besonders für Schweine und den Eiereratz. Herr Bolewitsch

Das Schwurgericht Männer verhandelte am Dienstag gegen die 63jährige Witwe Adolf Peterlen, Karoline geb. Wagentamp, die aus dem Oldenburgischen stammt und seit geraumer Zeit sich in Wefel aus „Karlenlegen“ ein ziemlich ansehnliches Geschäft macht. Diese Frau, die bereits vor dem Kriege in drei Fällen nach § 21 verurteilt worden ist (außer zu einem halben Jahr und sechs Monaten Gefängnis), debütierte ihren üblichen Selbstvertriebsbetrieb auch nach Wefel aus, wo sie im vorigen Jahre öfters in einem Kaffeeständen aufsuchte. In diesem Kaffeeständen kamen vorwiegend junge, unerfahrene Berufswürterinnen und Arbeiterinnen zusammen, denen die Peterlen, „weisagte“, Mit Vorliebe, „weisagte“, die den jungen Mädchen, daß sie sich in anderen Umklein-

† Diebstedde (bei Bedum), 27. August. Bauernhaus plötzlich niedergebrannt. In dem Wohn- und Wirtschaftsgebäude des Landwirts Wulf entstand plötzlich Feuer, das die Hausbewohner erst bemerkten, als das Haus in Flammen stand. Das Wohngebäude brannte vollständig nieder.

Die im Auftrage der Reichsstelle für Tiere und tierische Erzeugnisse hergestellten Fleischkonserven „Rindfleisch in eigenem Saft“ werden nunmehr außer den Fleischern auch in den Einzelhandelsgegeschäften zum Verkauf kommen. Auch bei der Abgabe durch die Lebensmittelgeschäfte konnte ein Kleinaufpreis von 1,50 RM. für die Allobode vorgegeben werden, weil sich die Lebensmittelgeschäfte ebenso wie die Fleischer mit einer geringen Unkostenveranschlagung begnügen.

[illegible]

„Die beste Wa-
ganda“ — diese
denen Sklave in
Anficht scheint in
Wahlvorbereitung
wenige Wochen für
Wahlen zum Sein
Wahlkampf
sein. Die Vorbere-
auf dem Verwaltung
veranlassungen
Der Regierung
tung von Be-
zieht und begre-
bensläufe
mit Aufklärung
veröffentlichen, er-
macht er den Ver-
künftige Arbeit in
aber auch die
Opposition
schränkt, Verla-
der Wahlen auf
nicht gestattet, für
an Stelle geharni-
Oppositionsblätter
Phantasiegebungen
konfiszierter Tages-
die Wahlpropaganda
derjenigen des Re-
der einen Seite
legt wird, bringen
langwichtige Lebens-
saum Interesse an
in beiden Fällen

Nach außen hin den Polen je erlebte Haupt die Rede sich fläche spielen sich ab zwischen Wahlberechtigten wie auf Lager selbst in konzentrierter Anwesenheit des Regierungsoberhauptes und sogar einige erobert. Sie steht der rechtsoppositionell, dem großen sozialistischen Antifaschistischen Partei, und der illegalen kleineren Gruppen und einigen nationaler Versuche der Forderungen, die zu bringen. Reiben bekommen, gerungelt stehen an zum Beispiel der gelungen, ein Wahl Partei der ukrainischen aufsteigen. Auf allen Wahlbezirken die Auffassung der Kandidaten partiellisch gangen durchgeföhrt gewisse Kreise werden, darunter genommen, Widerstand, offen Seite hin, in den während Kompromittieren. Auch die gegen Reueigung, sich weil ihre Kandidaten Da ohnehin einige Widerstand die Legitimität befähigen, derbeist keineswegs teilnehmen wird nach die politische katholischen Bischöfen entscheiden.

Auch ein anderer Versuch zur ist erfolglos geblieben, kurz vor der Auf die Wahlmänner erklärten et geordnete der parteien ges aus der Opp Bauernflügel im an, daß es Pflicht